

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 21. September 1921.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

1. Bürgermeister: Karl Mayer

2. Die bürgerlichen Stadträte:

<u>Schl</u>	<u>Witt</u>	<u>Hoffmann</u>
<u>Kambel</u>		<u>Lipold</u>
<u>Recht</u>		<u>Pring</u>
<u>Herrmann</u>		<u>Reip</u>
<u>Frau Hertlein Kramke</u>		<u>Scherer</u>
<u>Metzger</u>		<u>Guggemos</u>
<u>Härtl</u>		<u>Rachmeier</u>
<u>Häuser</u>		<u>Fehn</u>
<u>Hees</u>		<u>Fremmel</u>

3. Bürgermeisterin: Lottner

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1	—		Sitzungsprotokoll vom 14. IX. 21
2	2542		Wohnungsplan Neuburg a. S. - Remmertshofen
3	2607		Polizeistunde

Beschluß
<p>Das Sitzungsprotokoll vom 14. IX. 1921 wurde in der heutigen Sitzung bekanntgegeben, ohne Einmündung.</p> <p><u>1. Öffentliche Sitzung.</u></p> <p>Nach Bekanntgabe der Geschäfts- und Verwaltungssachen vom 14. IX. 1921 beschloß der Rat, auf seinen Beschlüssen vom 25. August 1921 zu verharren und vom 1. Oktober 1921 ab keine Sperrung für die Einfuhr von Waren der Wohnplan Neuburg a. S. - Remmertshofen mehr zu überlassen.</p> <p>Es wurde darüber abgeurteilt, ob es sich lohnt, wenn die Einfuhr von Waren des Gebietes Neuburg a. S. durch den Rat zu verhindern ist, so kann der Rat Neuburg a. S. doch nicht zu verhindern, daß für eine öffentliche Einfuhr Waren aus dem Ausland, die für die Einfuhr von Waren aus dem Ausland zu verhindern sind.</p> <p>Der Rat Neuburg a. S. beschloß auf Grund des § 365 des N. H. G. L., Art. 2 Ziff. 4 des N. H. G. L. und § 1 Abs. II und III der Verordnung des Landesministers des Innern vom 11. August 1921 (N. H. G. L. S. 202) nachstehende</p> <p><u>öffentliche Beschlüsse:</u></p> <p>§ 1. Der Polizeistunde wird für die Neuburg a. S.</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
4	2613		finden von Riefmungen in der Körpern I

586

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
5	2566		Lehrbuch der Physik
6	2608		Verfahren in der Bergbaukunst

588

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
7	2622		Besprechung des Kordellvertrags
8	2609		Befreiung der Einigungsstellen Befreiung von; ferner Befreiung der nichtverpflichteten Mitglieder der Einigungsstellen

Beschluß
<p>nachdem festgestellt wurde, dass § 3-5 des Einig.-Ges. nicht gegeben sind und der Oberverwalter sich seit 23. VII. 19 in Teuburg a. S. einmündig und unregelmäßig seit. Der Kordellvertrag ist gebrochen.</p> <p>In Erinnerung des Beschlusses vom 5. September 1921 beschließt der Rat in seiner heutigen Sitzung, dass für die Zeit 1921/22 auf die Kosten für die Befreiung des Kordellvertrags auf die Kordellverträge übernommen werden. Für andere unbekannte Kostenübernahmen kann diese Befreiung nicht in Betracht kommen.</p> <p>Im Polzei der Einigungsstellenbefreiung vom 12. d. M. S. 1920, Befreiung der Einigungsstellen Befreiung mit betr. werden als nichtverpflichtete Mitglieder der Einigungsstellen (Einigungsstellen Teuburg a. S.) folgende Personen in Betracht gebracht:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Herr Hoffmann, Ortsbürgermeister Teuburg a. S. 123, 2. Herr Lipold, Bürgermeister in Teuburg a. S. 153, 3. Herr Lambel, Bürgermeister in Teuburg a. S. 184, 4. Herr Trennert, Bürgermeister in Teuburg a. S. 197, 5. Herr Rister, Bürgermeister in Teuburg a. S. 242, 6. Herr Seitz, Bürgermeister in Teuburg a. S. 247, 7. Herr Huber, Bürgermeister in Teuburg a. S. 247, 8. Herr Lederer, Bürgermeister in Teuburg a. S. 253, 9. Herr Lohr, Bürgermeister in Teuburg a. S. 258, 10. Herr Lohr, Bürgermeister in Teuburg a. S. 267.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
9	2430		<p>Händlerbescheinigung</p>
10	2578		<p>Erkelt gegen die Unterz. eines Schiffers</p>

Beschluß
<p>Das nach dem Antragsproduktionsstande fest. Welche in Neuburg a. S. seit nach Antrags der Zeitungsdruck vom 3. September 1911 N. 1417. seit einem neuen einen ständigen Sitz im Lande, das nach dem gemeldet ist nach der Natur und ^{15. Okt.} gemeldet 30. Okt. ant. richtig ist.</p> <p>Welche seit demnach der ständigen Postzeit zum Festsetzung und Wahrung der Händlerbescheinigung 13. Juni 1911 § 1, 3. zu dem Zweck und ist einen zuständigen Festsetzung der Händlerbescheinigung gemacht.</p> <p>Auf Grund der Händlerbescheinigung vom 14. August 1910 Art. 13, 14 und der ständigen ständ. ständigen Postzeit § 8. wird daselbst gegen ihn ein Geldstrafe von 60 Mk. festgesetzt. Auf seinen die Stellen der Handelsbescheinigung zum Zweck.</p> <p>Gegen diesen Handelsbescheinigung kann die ständige Fest. Festsetzung beantragt werden. Der Antrag wurde binnen einer Woche nach der Festsetzung oder nach der Festsetzung bei dem zuständigen Handelsbescheinigung stellen.</p> <p>Der Festsetzung der Postzeit Neuburg a. S. vom 14. d. M. gegen die Unterz. eines Schiffers beim Fahren zum Festsetzung Gericht seit in ständiger Sitzung zur Verhandlung Kontak ist seit nach dem, daß die ständige Festsetzung eines solchen Unterz. der Handelsbescheinigung</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
13	2628		Leistung der Grundgebühren
14	2627		Genehmigung der sog. Hilfen
15	2626		Gemeindeverlehen für Hofmügel- brennen
16	1919		Rechtsanwaltschaft

Beschluß
<p>Die Grundgebühren nach § 1 der Gemeinde- satzung vom 15. Oktober 1920 werden ab 1. Januar 1922 von 30 Mk. auf 50 Mk. und diejenigen nach § 2 der Satzung von 20 Mk. auf 40 Mk. erhöht.</p> <p>Herr Herrmann Hartl hat in der heutigen Sitzung beantragt, es wolle im nächsten Herbst das sogenannte Hilfen eingezahlt werden, um im Herbstfall die hohen Kosten für Anschaffung bringen zu können.</p> <p>In diesem Sinne wird Herr Herrmann Hartl beantragt, das Herbstfest in Ingolstadt zu besichtigen und das Herbstfest Skizze mit Kosten- anschlag in Vorlage zu bringen.</p> <p>Zur Einkünfte der bewilligten Gemeindevor- lagen für Hofmügelbrennen wird die Gemeinde nicht verlehen und der Stadt. Der Stadt- kasse im Betrag von 50.000 Mk. zugesagt.</p> <p>Dieses Verlehen ist vom Tage der Ableitung an mit 4% jährlich zu verzinsen und in Jahres- raten von 1000 Mk. zurückzuzahlen.</p> <p>Herr Herrmann Hartl hat in seiner Sitzung als zuständige Legationsbeamter in der Anwaltschaft des Art. 3 Abs. 2 des Verf. G. zum L. G. L. § 3 und des Verf. R. vom 24. September 1899 zum Verf.</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
17	2630		Aufschriften ins Leinwandspital
18	2631	Stw.	

Beschluß
<p>Der L. G. L. und § 14 ff. der Min. Sat. vom 17. September 1899, "Kommunal-Einkommen" Satz: Die Einwilligung zur Änderung der Kommunalen des Kindes Anna Schreck in, "Notar" wird erteilt. Die Aufschrift, die gegenständlichen Aufschrift wird auf 50 M. festgesetzt.</p> <p>Der Gemeindevorstand der Gemeinde Hagenau, bestehend aus dem, bestehend aus dem, bestehend aus dem 16. März 1845 zu Neuburg a. S., wird bei der nächsten Sitzung einer Gemeindevorstand mit dem Aufsatz gegen die Gemeindevorstand von 200 M. unter Aufsicht einer Polizeibehörde in der hiesigen Leinwandspital aufzunehmen.</p> <p>Der Gemeindevorstand der Gemeinde Hagenau, bestehend aus dem, bestehend aus dem, bestehend aus dem 16. März 1845 zu Neuburg a. S., wird bei der nächsten Sitzung einer Gemeindevorstand mit dem Aufsatz gegen die Gemeindevorstand von 200 M. unter Aufsicht einer Polizeibehörde in der hiesigen Leinwandspital aufzunehmen.</p> <p>Der Gemeindevorstand der Gemeinde Hagenau, bestehend aus dem, bestehend aus dem, bestehend aus dem 16. März 1845 zu Neuburg a. S., wird bei der nächsten Sitzung einer Gemeindevorstand mit dem Aufsatz gegen die Gemeindevorstand von 200 M. unter Aufsicht einer Polizeibehörde in der hiesigen Leinwandspital aufzunehmen.</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
19	2631		Ordnung im Linsensystem
20	2631		in d. Lins.
21	2632		in d. Linsensystem und in d. Linsensystem

gewährt sind, zu einem Zwecke verwendet, der dem Steuervorteil oder der Steuerbefreiung, die er erlangt hat, nicht entspricht, und es zum eigenen Vorteil oder zugunsten eines anderen vorsätzlich unterläßt, dies vorher rechtzeitig anzuzeigen.

III Die Nichterfüllung der Pflicht zur Einreichung der Zuwachssteuererklärung oder zur Erteilung einer Auskunft nach § 29 der Satzung unterliegt, sofern nicht eine Hinterziehung nach Abs. 1 gegeben ist, einer Geldstrafe bis zu 500 Mark.

IV Ist nach den obwaltenden Umständen anzunehmen, daß die rechtzeitige Erfüllung der Verpflichtung nicht in der Absicht unterlassen worden ist, die Zuwachssteuer zu hinterziehen, oder daß die unrichtigen Angaben nicht in dieser Absicht gemacht worden sind, so tritt an die Stelle der in Abs. III vorgesehenen Strafe eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 150 Mark.

§ 2. Die Einziehung der Zuwachssteuer erfolgt unabhängig von der Bestrafung.

Staatsministerien des Innern und der Finanzen.

Bekanntmachung,

betreffend die Erhebung einer Grundwertabgabe.

Auf Grund des Art. 6 Abs. IV des Gesetzes vom 30. Juni 1921 zum Vollzuge des Landessteuergesetzes (GBl. S. 361) erläßt das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen für die Erhebung einer Grundwertabgabe durch die Gemeinden folgende

Musterfassung:

§ 1. I Der Grundwertabgabe unterliegen die unbebauten Grundflächen des Gemeindebezirks, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind.

II Zu den Grundflächen, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, sind Parkanlagen nicht, ferner solche land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benützte Grundflächen nicht mehr zu rechnen, deren gemeiner Wert schon zur Zeit des Erwerbs durch ihre Lage als Bauland oder als Land zu Verkehrszwecken bestimmt wird, oder bei denen nach den sonstigen Umständen, z. B. nach ihrer Lage und Beschaffenheit, ihrem Erwerbspreis oder ihrer Belastung, anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen werden.

III Bebaute Grundflächen gelten als unbebaute Grundflächen, wenn die auf ihnen errichteten Bauten der ortsüblichen Bebauung nicht entsprechen und nach der Art ihrer Benützung und der Höhe der Aufwendungen hierfür erkennen lassen, daß die Bauten nicht bestimmt sind, dauernd Wohn- oder gewerblichen Zwecken zu dienen.

§ 2. Der Grundwertabgabe unterliegen nicht

1. unbebaute Grundflächen, die mit bebauten Grundflächen in einem der ortsüblichen Benützungswiese entsprechenden Zusammenhang stehen (Hofräume, Hausgärten, Ziergärten usw.) oder nach Art der Benützung, des Bauaufwandes und der Beschaffenheit dauernd gewerblichen Zwecken dienen,

2. Grundflächen, die im Eigentum des Reichs, des Landes, der Kreise, der Bezirke, der Gemeinden, der Ortschaften oder von Körperschaften, Stiftungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts stehen,

3. Grundflächen, die bestimmt sind, öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken oder unter Ausschluß von Erwerbs- oder Sportzwecken der Wissenschaft, der Kunst, dem Unterricht, der Erziehung, der Wohltätigkeit oder der öffentlichen Gesundheitspflege dauernd und unmittelbar zu dienen,

4. Grundflächen, deren gemeiner Wert 5000 M nicht übersteigt, wobei die Werte der sämtlichen im Eigentum einer Person stehenden steuerbaren Grundflächen einer Gemeinde zusammenzurechnen sind.*)

§ 3. Befreit sind auch solche an sich abgabepflichtige Grundstücke, für die bereits Pläne zum Bau von Klein- oder Wohnwohnungen

*) Die Gemeinde kann bestimmen, daß die Befreiung nach Ziff. 1 nur dann eintritt, wenn die Grundfläche eine bestimmte Größe nicht überschreitet. Sie ist ferner befugt, eine Befreiung auch in anderen als in Abs. 1 Ziff. 1—4 aufgeführten Fällen zu bewilligen.

vorgelegt oder entsprechende Verhandlungen eingeleitet sind. Sind solche Wohnungen bis zum Ablaufe der von der Gemeinde zu bestimmenden angemessenen Frist nicht errichtet, so ist die geschuldete Abgabe samt 5 Prozent Zinsen für den ganzen Zeitraum nachzutragen.

§ 4. I Die Grundwertabgabe beträgt (vom Tausend **) des auf 1000 M nach unten abgerundeten gemeinen Wertes der unbebauten Grundfläche im Zeitpunkt der Veranlagung. Dabei werden die sämtlichen im Eigentum eines Steuerpflichtigen stehenden steuerbaren Grundflächen einer Gemeinde zusammengerechnet.

II Ein Schuldenerlass findet nicht statt.

§ 5. I Die Gemeinde ist berechtigt, von jedem Eigentümer einer unbebauten Grundfläche binnen einer von ihr festzusetzenden Frist, die mindestens zwei Wochen betragen muß, die Abgabe einer Steuererklärung zu verlangen. Die Form der Steuererklärung bestimmt die Gemeinde.

II Die Eigentümer unbebauter Grundflächen sind verpflichtet, diese Grundstücke von Beauftragten der Gemeinde betreten und besichtigen zu lassen.

§ 6. I Die Feststellung der Veranlagungsgrundlagen für die Abgabe erfolgt durch einen oder mehrere vom Stadtrat (Gemeinderat) zu wählende Ausschüsse (Art. 106/67 G.O.).

II Die Mitglieder des Ausschusses leisten vorbehaltlich des Art. 136 Abs. 4 der K. Verf. folgenden Eid:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich bei den Ausschußverhandlungen ohne Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen sowie die hierbei zu meiner Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werde, so wahr mir Gott helfe.“

§ 7. I Nach Feststellung der Veranlagungsgrundlagen wird die Steuer jedes Pflichtigen von der Gemeinde berechnet.

II Schuldner der Abgabe ist der Eigentümer des Grundstücks; mehrere Eigentümer haften als Gesamtschuldner.

III Die Abgabe ist eine auf dem Grundstück ruhende öffentliche Last.

IV Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Entrichtung der im Steuerbescheid festgestellten Grundwertabgabe sind Verwaltungsrechtssachen im Sinne des Art. 8 Ziff. 31 des VGG.

§ 8. I Die abgabepflichtigen Grundstücke sind in einem Verzeichnis vorzutragen, in dem neben dem Steuerpflichtigen auch das Ergebnis der Veranlagung zu vermerken ist.

II Das Verzeichnis bildet die Grundlage der Steuererhebung, bis die Gemeinde eine Neuveranlagung beschließt. Die Neuveranlagung kann auch für einzelne Bezirke erfolgen, wenn besondere Gründe dies rechtfertigen.

III Die Grundwertabgabe wird am 1. April eines jeden Jahres fällig. Den Zeitpunkt der Entrichtung bestimmt die Gemeinde. Nicht rechtzeitig bezahlte Beträge sind mit fünf vom Hundert zu verzinsen.

IV Zu- und Abgänge wirken vom Beginne des nächstfolgenden Rechnungsjahres und sind in dem Verzeichnis entsprechend vorzumerken.

§ 9. Wird die Verwaltung der Grundwertabgabe gemäß § 19 der Reichsabgabenordnung einem Finanzamte übertragen, so finden die vorstehenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Ortspolizeiliche Vorschriften zum Vollzuge der Satzung über die Erhebung einer Grundwertabgabe.

I Wer für sich oder zugunsten eines anderen nicht gerechtfertigte Steuervorteile erschleicht, oder vorsätzlich bewirkt, daß die Grundwertabgabe verkürzt wird, wird wegen Hinterziehung mit einer Geldstrafe bis zum zehnfachen, im Rückfalle bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft.

II Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Steuerordnung unterliegen einer Geldstrafe bis zu 500 M.

III Die Einziehung der Grundwertabgabe erfolgt unabhängig von der Bestrafung.

**) Nach Art. 6 Abs. I des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz darf die Grundwertabgabe 6 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundfläche nicht übersteigen.

Beschluß

Der vereinfachte Art. 6 Abs. IV des Gesetzes vom 30. Juni 1921 zum Vollzuge des Landessteuergesetzes (GBl. S. 361) wird dem Ausschusse des Kreisamtes des Innern in der Form der Steuererklärung mit der Kreisverwaltung der Justiz und der Finanzämtern für die Feststellung der Veranlagungsgrundlagen für die Abgabe der Grundwertabgabe zugewiesen. Der Ausschuss ist ersucht, die Veranlagung der Grundwertabgabe nach dem obenstehenden Muster zu veranlassen.

Der Ausschuss ist ersucht, die Veranlagung der Grundwertabgabe nach dem obenstehenden Muster zu veranlassen. Der Ausschuss ist ersucht, die Veranlagung der Grundwertabgabe nach dem obenstehenden Muster zu veranlassen.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
23	2539		Einweisungszulassung für die städtischen Arbeiter
24	2639		Lohnen der Praktikanten
25	2640		Gesellschaftung

Beschluss
<p><u>4. geheime Sitzung.</u></p> <p>Die städtischen Arbeiter in Teuburg a. S. werden mit Wirkung vom 1. August 1921 in Höhe von 100 Mk. Einweisungszulassung bewilligt, wofür die Arbeiter der städtischen Betriebe und Betriebe geworben werden.</p> <p>Darüber hinaus nur männliche volljährige Arbeiter in Teuburg a. S. bewilligt die Einweisungszulassung für die Arbeiter Minder 16.</p> <p>Auf den Antrag des Gewerkschaftsvereins Teuburg a. S. vom 17. September 1921 wird beschlossen, die Lohnen der Praktikanten ab 1. August 1921 wie folgt zu setzen:</p> <p>Die Beförderung ist stets widerruflich und ohne Annahme eines Rücktrittsrisikos.</p> <p>1. Praktik. Andres von monatl. 500 Mk. auf monatl. 550 Mk. 2. " Mündler " " 450 Mk. " " 500 Mk. 3. " Höl " " 400 Mk. " " 450 Mk. 4. " Thoma " " 300 Mk. " " 350 Mk.</p> <p>Die Beförderung der Praktikanten beginnt am 1. Oktober 1921 zu erfolgen.</p> <p>Der Gesellschaftung des Mitglieds des Vereins Teuburg a. S. Huber wird mit Wirkung vom 1. August 1921 ein monatlich 450 Mk. und 600 Mk. bewilligt.</p>

[illegible]